

Protokoll

der 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 04. Dezember 2007 im Bürgerhaus Rodheim

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr

Ende der Sitzung: 21:25 Uhr

Zuhörer: 8

Anwesende Stadtverordnete:

CDU

Förster, Hans-Jürgen
Hafner, Annegret / Vorsitzende
Haupt, Emmi
Horlacher, Peter
Karehnke, Regina
Kuhlmann, Mechthild
Paduch, Harry
Philippbaar, Astrid
Schnabel, Henrik
Schneiderbauer, Johann Baptist

SPD

Launhardt, Dieter
Merz, Irina
Rathjens, Dr., Hans Peter
See, Herbert
Sill, Heinz
Stengel, Christian
Zeidler, Reinhard

FWG

Groetsch, Paul
Lamping, Christian
Moscherosch, Hans-Albert
Sehr, Günter
Soff, Walter

puR

Launhardt, Cornelia
Schön, Norbert
Wyrwoll, Herbert

FDP

Hoffmann, Volker
Korger, Dr. Lothar

Bündnis 90/Die Grünen

Quägber-Zehe, Betina
Scholz, Peter

Die Linke.WASG

Welker, Helge

Nichtanwesende Stadtverordnete:

CDU

Sommer, Michael

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Brechtel, Detlef
Erster Stadtrat Götz, Hans
Stadtrat Bickel, Heinrich
Stadträtin Horlacher, Heike
Stadtrat Kayacik, Haci
Stadtrat Schöniger, Arndt
Stadtrat Veen, Wulf-Berend
Stadtrat Wenzel, Klaus

Vom Magistrat waren nicht anwesend:

Stadtrat Datz, Wolfgang
Stadtrat Diemerling, Michael

Schriftführer:

Kraus, Andreas

Protokoll der 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2007

Die Stadtverordnetenvorsteherin, Annegret Hafner, eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, indem sie alle Anwesenden herzlich begrüßt. Sie weist darauf hin, dass zu der Sitzung mit Ladung vom 26. November 2007 ordnungsgemäß form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass mit der Einladung die Tagesordnung zugestellt wurde. Des Weiteren stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Änderungswünsche bezüglich des Protokolls der 17. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ergeben sich nicht. Es ist somit angenommen.

Aus der Beratung des Ältestenrates wird vorgeschlagen für den Tagesordnungspunkt 3 die Redezeitbegrenzung aufzuheben und die Tagesordnungspunkte 4 und 5 ohne Aussprache abzuhandeln.

Dies wird von den Stadtverordneten so angenommen. Somit steht folgende Tagesordnung fest.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Haushaltsführung 2008
Haushaltssatzung / Haushaltsplan / Investitionsprogramm 2007 - 2011
4. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke 2008
5. Bürgermeisterwahl 2008
Bestimmung des Termins der Wahl und einer möglichen Stichwahl
6. Antrag der CDU-Fraktion vom 15. November 2007
Errichtung eines Regionalkreises
hier: Resolution

| | |
|-----------------|---------------------|
| Zu TOP 1 | Mitteilungen |
|-----------------|---------------------|

Bürgermeister:

Der Bürgermeister verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen, die dem Protokoll beigefügt sind.

Haupt- und Finanzausschuss:

Herr Launhardt berichtet aus der Sitzung vom 29.11.2007
Folgender Tagesordnungspunkt wurde behandelt:

Haushaltsführung 2008
Haushaltssatzung, Haushaltsplan, Investitionsprogramm 2007 - 2011

Umwelt- und Planungsausschuss:

Herr Schneiderbauer berichtet aus der Sitzung vom 27.11.2007
Folgender Tagesordnungspunkt wurde behandelt:

Antrag der SPD-Fraktion vom 31.10.2007
Aufstellung eines Entwicklungsplanes für das Gebiet alte Schule Nieder-Rosbach

| | |
|-----------------|------------------------|
| Zu TOP 2 | Kleine Anfragen |
|-----------------|------------------------|

Dieser TOP wird nicht protokolliert.

| | |
|-----------------|--|
| Zu TOP 3 | Haushaltsführung 2008 Haushaltssatzung / Haushaltsplan / Investitionsprogramm 2007 - 2011 |
|-----------------|--|

Beschlussvorschlag des Magistrates:

- Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die nachfolgende Haushaltssatzung 2008

Haushaltssatzung der Stadt Rosbach v.d.Höhe für das Haushaltsjahr 2008

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.2006 (GVBl. I S. 666,669) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d. Höhe am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 wird

| | | |
|-------------------------------|---------------------|---------------------|
| im Verwaltungshaushalt | in der Einnahme auf | |
| in der Ausgabe auf | | 19.658.450 € |
| im Vermögenshaushalt | in der Einnahme auf | 6.788.000 € |
| in der Ausgabe auf | | 6.788.000 € |

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2008 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf **1.200.000 €** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2008 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf **5.780.000 €** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **2.800.000 €** festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) **250 v.H.**
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) **230 v.H.**
2. Gewerbesteuer **320 v.H.**

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2007 beschlossene Stellenplan.

§ 7

Der Magistrat entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben (§ 100 HGO), soweit diese nicht als erheblich anzusehen sind.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von jeweils **15.000 €** gelten als nicht erheblich.

Rosbach v.d. Höhe, den

Der Magistrat der Stadt
Rosbach v.d. Höhe

(Brechtel)
Bürgermeister

- Darüber hinaus beschließt die Stadtverordnetenversammlung das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2007 – 2011. Die Endsummen im Investitionsprogramm werden wie folgt festgesetzt:

| | |
|------|----------------|
| 2007 | 5.884.000,00 € |
| 2008 | 5.978.000,00 € |
| 2009 | 7.641.000,00 € |
| 2010 | 4.885.000,00 € |
| 2011 | 3.417.000,00 € |

| Abstimmungsergebnis | Gesamt | Ja | Nein | Enthaltung |
|--------------------------|-----------|-----------|-----------|------------|
| CDU | 10 | 10 | -- | -- |
| SPD | 7 | 7 | -- | -- |
| FWG | 5 | 5 | -- | -- |
| puR | 3 | 3 | -- | -- |
| FDP | 2 | 2 | -- | -- |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | 2 | -- | -- |
| Die Linke.WASG | 1 | 1 | -- | -- |
| Summe | 30 | 30 | -- | -- |
| TOP 3 beschlossen | | | | |

| | |
|-----------------|---|
| Zu TOP 4 | Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke 2008 |
|-----------------|---|

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan 2008 der Stadtwerke Rosbach v.d.Höhe inklusive der Stellenübersicht, dem Investitionsprogramm sowie der Finanzplanung für die Vermögensplanung.

Der Plan schreibt Erträge in Höhe von 3.430.900 €, Aufwendungen in Höhe von 3.483.900 € fest und weist zusammenfassend in seinem Erfolgsteil einen Verlust in Höhe von 52.900 € aus. Der Vermögensplan ist mit einem Volumen von 3.294.000 € ausgeglichen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, die zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögensplan erforderlich sind, wird auf 1.866.000 € festgesetzt. Dieser Kreditaufnahme stehen Tilgungen in Höhe von 540.000 € gegenüber.

Betriebsmittelkredite in Höhe von 1.200.000 € zur Zwischenfinanzierung sind zulässig.

| Abstimmungsergebnis | Gesamt | Ja | Nein | Enthaltung |
|--------------------------|-----------|-----------|-----------|------------|
| CDU | 10 | 10 | -- | -- |
| SPD | 7 | 7 | -- | -- |
| FWG | 5 | 5 | -- | -- |
| puR | 3 | 3 | -- | -- |
| FDP | 2 | 2 | -- | -- |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | 2 | -- | -- |
| Die Linke.WASG | 1 | 1 | -- | -- |
| Summe | 30 | 30 | -- | -- |
| TOP 4 beschlossen | | | | |

| | |
|-----------------|---|
| Zu TOP 5 | Bürgermeisterwahl 2008 Bestimmung des Termins der Wahl und einer möglichen Stichwahl |
|-----------------|---|

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Die Stadtverordnetenversammlung bestimmt gem. § 42 KWG als Termin für die Wahl des/der Bürgermeisters/in den 24. August 2008. Der Termin für eine mögliche Stichwahl wird auf den 07. September 2008 festgelegt.

| Abstimmungsergebnis | Gesamt | Ja | Nein | Enthaltung |
|----------------------------|---------------|-----------|-------------|-------------------|
| CDU | 10 | 10 | -- | -- |
| SPD | 7 | 7 | -- | -- |
| FWG | 5 | 5 | -- | -- |
| puR | 3 | 3 | -- | -- |
| FDP | 2 | 2 | -- | -- |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | 2 | -- | -- |
| Die Linke.WASG | 1 | 1 | -- | -- |
| Summe | 30 | 30 | -- | -- |
| TOP 5 beschlossen | | | | |

| | |
|-----------------|--|
| Zu TOP 6 | Antrag der CDU-Fraktion vom 15. November 2007 Errichtung eines Regionalkreises hier: Resolution |
|-----------------|--|

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Resolution beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach vor der Höhe lehnt einen Regionalkreis ab und steht für die Beibehaltung des Wetteraukreises in der derzeitigen Form.“

Die SPD-Fraktion stellt einen konkurrierenden, weiterführenden Antrag:

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach vor der Höhe spricht sich für eine erfolgreiche, nachhaltige Entwicklung der Wetterau als ein partnerschaftliches Gemeinschaftsprojekt von Kreis, Kommune und vor allem der Bürgerinnen und Bürger aus.

Diese Entwicklung soll auf 4 Säulen basieren:

1.
Der Wetteraukreis wird nicht aufgelöst.
2.
Das Ballungsraumgesetz hat eine Mauer zwischen dem östlichen und westlichen Teil der Wetterau errichtet. Es ist daher rückgängig zu machen, um Zukunftschancen für die gesamte Wetterau zu eröffnen.

3.

Interkommunale Zusammenarbeit, über Orts- und Kreisgrenzen hinweg, ist zu unterstützen und zu fördern. Dies gilt für alle Bereiche, in denen sich eine sinnvolle Aufgabenerledigung nur in größeren Zusammenhängen organisieren lässt.

4.

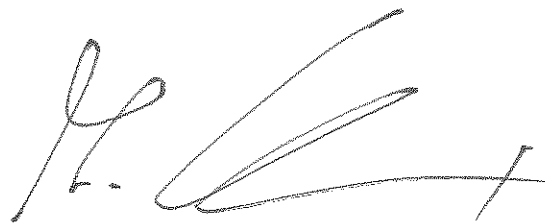
Nach dem Grundprinzip der möglichst Wohnort nahen Aufgabenerledigung sollten die Zuständigkeiten so neu geregelt werden, dass jede Aufgabe auf der Ebene angesiedelt wird, die diese am sinnvollsten und abschließend kompetent zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erledigen kann. Das Geld der Steuerzahler soll dort effektiv und effizient eingesetzt werden, wo die Menschen leben. Dabei ist das Prinzip der Freiwilligkeit von größter Bedeutung.

Die FWG-Fraktion beantragt die Überweisung der beiden Anträge an den Haupt- und Finanzausschuss.

| Abstimmungsergebnis | Gesamt | Ja | Nein | Enthaltung |
|---|-----------|-----------|-----------|------------|
| CDU | 10 | -- | 10 | -- |
| SPD | 7 | 7 | -- | -- |
| FWG | 5 | 5 | -- | -- |
| puR | 3 | 3 | -- | -- |
| FDP | 2 | -- | -- | 2 |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | 2 | -- | -- |
| Die Linke.WASG | 1 | 1 | -- | -- |
| Summe | 30 | 18 | 10 | 2 |
| TOP 6 Antrag der CDU-Fraktion und Antrag der SPD-Fraktion an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen | | | | |



Annegret Hafner
Stadtverordnetenvorsteherin



Andreas Kraus
Schriftführer

Mitteilungen

zur Stadtverordnetenversammlung

am 04. Dezember 2007

- Zur ständigen Verbesserung und Optimierung des Rosbacher Kinderbetreuungsangebotes hat der Magistrat in seiner Novembersitzung beschlossen, Öffnungszeiten von Kindertagesstätten zu erweitern, die vollständige Freistellung aller Kitaleiterinnen zu realisieren, ein Tagespflegepersonennetzwerk aufzubauen und im Rahmen dieser Maßnahmen zusätzliche Erzieherinnen und Küchenhilfskräfte einzustellen.

Bedarfsgerecht werden - zunächst probeweise für die Dauer eines Jahres - ab dem 1. Januar 2008 die Vormittagsöffnungszeiten der Einrichtungen Kita „Taubusblick“ und Kita „Alte Schule“ von bisher 7:30 Uhr bis 17:00 Uhr auf neu 7:00 Uhr bis 17:00 Uhr erweitert.

Spätestens ab dem 01. August 2008 werden in den Einrichtungen Kita „Bergstraße“, Kita „Obergärten“ und Kita „Hauptstraße“ die Nachmittagsöffnungszeiten von bisher 14:00 Uhr auf neu 15:00 Uhr erweitert.

Die 100%ige Freistellungen der Leiterinnen vom Kinderdienst erfolgt ab dem 01. Januar 2008, auch für drei-gruppige Einrichtungen ohne Einschränkungen.

Für die Erweiterungen der Öffnungszeiten werden zusätzliche Personalstunden und Neueinstellungen erforderlich.

Die Aufstellung erfolgt auf der Grundlage des bestehenden Personalberechnungsschlüssels.

Die Verwaltung wurde ermächtigt, die erforderlichen Vertragsanpassungen vorzunehmen und falls erforderlich, kurzfristig Zeitverträge bis zur Dauer eines Jahres abzuschließen.

Als Ergänzung des umfangreichen städtischen Kinderbetreuungsangebotes unterstützt die Stadt den Aufbau eines Tagespflegepersonennetzwerks durch die Kostenübernahme der erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Hierbei wird darauf verwiesen, dass trotz des hervorragenden städtischen Kinderbetreuungsangebotes auch Aufgaben von Tagespflegepersonen abgedeckt werden können.

Der Magistrat sieht dieses Konzept nicht in Konkurrenz zu dem städtischen Angebots, vielmehr wird hier bewusst auf ergänzende Möglichkeiten gesetzt.

Weiterhin hat die Verwaltung nach einer entsprechenden Beratung im Haupt- und Finanzausschuss im Sommer diesen Jahres einen interkommunalen Ver-

gleich von zwölf Kreisgemeinden zum Thema „Betreuungsangebote in Kindertagesstätten, personelle Ausstattung, Kosten, Platzangebote“ erarbeitet, die entsprechenden Daten werden demnächst den städtischen Gremien zur Beratung und Wertung vorgelegt.

- Der Magistrat hat beschlossen, die Grundstücke Feldpreul 34 mit 531 m² und Feldpreul 57 mit 457 m², Quadratmeterpreis jeweils 300,00 € inkl. der Abwasser/Wasser und Erschließungsbeiträge für insgesamt 287.400,00 € zu verkaufen.

Im laufenden Haushaltsjahr konnten bis jetzt notariell Grundstücksverträge über insgesamt 4.672.566,14 € abgeschlossen werden.

- Auftragsvergabe:

Der Magistrat hat den Auftrag zur Erarbeitung einer ersten Änderung des Bebauungsplans RH / 3 Industriegebiet Rodheim mit integriertem landschaftsplanerischen Fachbeitrag sowie Umweltbericht und Umweltbilanzierung zum Angebotspreis von 46.800,00 € vergeben.

Die einzelnen Leistungsphasen der neuen Bauleitplanung werden vom Bürgermeister je nach Planungsfortschritt abzurufen sein.

- Eine letzte Mitteilung:

Der Kreisausschuss des Wetteraukreises hat den Bau der Gewerbeimmobilie/ einschließlich Altenpflegeheim im Feldpreulbaugebiet genehmigt.

Zugestimmt wurde damit der Errichtung einer Bank, eines Supermarktes, der Altenpflegeeinrichtung sowie einer Cafeteria.

Baubeginn soll nach letzten Informationen der Investorengruppe im Frühjahr 2008 sein, Bezugsfertigkeit wird für den Sommer 2009 erwartet.

Ein mehr als dreijähriges Vergabe- und Genehmigungsverfahren konnte damit erfolgreich abgeschlossen werden.

Die letzten Unterschriften unter Mietverträgen werden im Laufe der nächsten Tage erwartet; der Kaufpreis in Höhe von 1.176.000,00 € wird somit noch im Laufe des Jahres 2007 von der Stadtkasse erwartet.

Rosbach v.d.Höhe, den 04. Dezember 2007


Brechtel
Bürgermeister